

StadtPlan Berlin

12 Projekte für eine soziale, demokratische und ökologische Stadtentwicklung

www.die-linke-berlin.de

Am 16. August 2016 hat der Landesausschuss ausgehend von unserem Wahlprogramm 12 zentrale Projekte benannt, die wir in einen Politikwechsel für Berlin einbringen wollen. Damals haben wir formuliert: „Wir legen 12 Projekte vor, die Berlin sozialer, demokratischer und ökologischer machen wollen. Sie sind Teil eines Dialogangebotes an die Berlinerinnen und Berliner. Dieser Dialog darf und wird nicht am Wahltag enden.“

In der folgenden Übersicht haben wir den Bearbeitungsstand unserer 12 Projekte und der einzelnen Bestandteile aufgeführt. Fast alle Punkte haben auch Einzug in die Koalitionsvereinbarung mit SPD und Grünen gefunden. Viele von ihnen sind auch schon nach einem Jahr des neuen Senats bereits umgesetzt:

1. Sozialer Zusammenhalt statt Ausgrenzung

Berlinpass für mehr Menschen mit niedrigen Einkommen öffnen.



Die vom Amt übernommene Miete für Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld anheben.



Sofort 100 Notunterkunftplätze für wohnungslose Familien bereitstellen.



Bedarfsprüfung für Kita- und Hort-Plätze abschaffen.



2. Bezahlbare Mieten statt Spekulation

Bestand an städtischen Wohnungen auf 360.000 bis 2021 anheben.



Jährlich 200 Millionen Euro dem Eigenkapital der städtischen Wohnungsbaugesellschaften zuführen.



Städtische Wohnungsunternehmen verpflichten, eine wachsende Anzahl von Wohnungen zu festen Höchstmieten für Inhaberinnen und Inhaber eines Wohnberechtigungsscheins sowie für Transferleistungsbeziehende bereitzustellen.



Katalog von Vorgaben zur sozialen Mietgestaltung für städtische Wohnungsbaugesellschaften entwickeln.



3. Integration statt Politikversagen

Unverzögerlicher und verbindlicher Zeitplan zur Schließung aller Massennotunterkünfte.



Leer stehende Immobilien melden, herrichten und nutzen.



Leer stehende Appartements nutzen und zulassen, dass Geflüchtete vorübergehend bei Familien und Freund*innen unterkommen können.



Mindeststandards für Notunterkünfte und einen »Heim-TÜV« einführen.



Wir wollen Initiativen ergreifen, um bundesweit einen Abschiebestopp durchzusetzen.



4. Gute Bildung statt Schulchaos

Mittelfristige Bedarfsplanung für Ausbildung und Einstellung neuer Lehrkräfte.



Unbefristete Einstellung zu bundesweit konkurrenzfähigen Bedingungen als Regelfall.



Gemeinschaftsschule ausbauen und als Regelschule etablieren.



5. Investieren statt reparieren

Schulbaugesellschaften in öffentlicher Trägerschaft gründen, die ein Schulneubau- und Sanierungsprogramm über 2,5 Milliarden Euro in zentraler Verantwortung umsetzen. Über eine landeseigene Finanzierungsgesellschaft werden die dafür notwendigen Mittel vorfinanziert.



Für die reguläre bauliche Unterhaltung (ohne Grundsanierung) werden die Zuweisungen an die Bezirke um 80 auf etwa 150 Millionen pro Jahr erhöht. Durch die Finanzierung über eine Finanzierungsgesellschaft schaffen wir gleichzeitig den finanziellen Spielraum für andere Investitionsbedarfe im regulären Haushalt.



6. Arbeit statt Stütze

Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen des Investitionsprogramms an die tarifliche Beschäftigung von Langzeiterwerbslosen oder Geflüchteten koppeln.



14 Millionen Euro für je 1.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich bereitstellen für Lohnkostenzuschüsse, Coaching, Qualifizierung und ggf. Sprachkurse.



7. Mitbestimmung statt Bevormundung

Quoren für die Zulassung von Volks- und Bürgerentscheiden absenken und das Zustimmungsquorum abschaffen.



Unterschriftensammlungen im Internet ermöglichen.



Einspruchsreferenden gegen beschlossene Gesetze einführen.



Verbindliche Volksentscheide bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen.



Berlinweiten Bürgerhaushalt sowie Beteiligungsbüros und Beteiligungsbeauftragte einführen.



8. Mobilität statt Fahrpreisspirale nach oben

Alle geplanten Fahrpreisanhebungen aussetzen (Fahrpreismoratorium).



Preis für das Sozialticket von 36 auf 25 Euro senken.



Berechtigtenkreis für das Sozialticket ausweiten.



Ermäßigten Einzelfahrschein S einführen.



9. Verkehrswende statt Superstau

Keine Planung und kein Bau des 17. Bauabschnitts der A100 von der Eisenbrücke zur Storkower Straße.



Beschleunigungspaket für ÖPNV (Vorrangschaltung an Ampeln, Ausbau Busspuren, Verkürzung der Taktzeiten in Anpassung an steigende Fahrgastzahlen).



Straßenbahnnetz ausweiten, insbesondere im Westen Berlins.



Jährlich 40 Millionen Euro bereitstellen für den Ausbau von Fahrradwegen, die Beseitigung von Gefahrenstellen und den Bau von Fahrradabstellanlagen.



10. Verlässlicher öff. Dienst statt Terminchaos

Personalentwicklungskonzept für den öffentlichen Dienst verabschieden.



Personalentwicklung als Chefsache dem Regierenden Bürgermeister zuordnen.



Personalabbau in den Bezirken beenden und den Personalschlüssel dem tatsächlichen Bedarf anpassen.



Zahl der Ausbilderinnen und Ausbilder erhöhen.



Schrittweise die Besoldung auf den Durchschnitt der Bundesländer anheben.



11. Öffentlich, ökologisch und bürgernah statt privat und profitorientiert

Gesetzliche Beschränkungen für das Stadtwerk aufheben.



2017 und 2018 jeweils 30 Millionen Euro dem Eigenkapital zuführen.



12. Sicherheit statt Angst

Mehr Sicherheitspersonal statt Videoüberwachung in Bussen, Bahnen, auf Bahnhöfen und auf der Straße.



Mehr Personal bei Polizei und Feuerwehr einstellen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.



Gezielt Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizei- und Feuerwehrdienst ausbilden, um kulturellen Konflikten vorzubeugen.



Erläuterung



Vorhaben ist bereits umgesetzt.



Vorhaben in der Umsetzung.



Nicht im Koalitionsvertrag aufgenommen.



Noch nicht in der Umsetzung.